

Kommunale Partnerschaften nach dem Zweiten Weltkrieg und heute:

Kommunen sichern den Frieden in Europa und weltweit

Im Workshop „Kommunale Partnerschaften – Ein Modell von gestern oder wichtiges Instrument gerade in politisch schwierigen Zeiten?“ wurden Herausforderungen kommunaler Partnerschaften nach dem Zweiten Weltkrieg und heute in einer globalisierten Welt diskutiert. Zentrale Thesen wurden dem Publikum zur Abstimmung gestellt und flossen anschließend in die Münchner Erklärung ein. Zudem hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich nach der „Fishbowl-Methode“ auf einen leeren Stuhl auf die Bühne zu setzen und mit den Podiumsgästen zu diskutieren.

Ein Beitrag von
Sabine Drees

Die Idee der Städte- und Kommunalpartnerschaften entstand hauptsächlich nach dem Zweiten Weltkrieg, um die durch zwei Weltkriege in Europa aufgerissenen Wunden zu heilen. Noch heute befinden sich fast 90 Prozent aller Partnerschaften innerhalb Europas. Dr. Rainer Haas, Landrat des Landkreises Ludwigsburg, unterstrich die große Bedeutung der deutsch-französischen Kommunalbeziehungen für Völkerverständigung und Friedenssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg. Dr. Haas erinnerte an die Rede von Charles de Gaulle an die deutsche Jugend am 9. September 1962 in Ludwigsburg. Diese Rede habe nicht nur das Ende seiner spektakulären Deutschlandreise markiert, sondern auch den Beginn der deutsch-französischen Freundschaft. Ludwigsburg sei die erste deutsche Stadt gewesen, die 1955 eine Partnerschaft mit der französischen Stadt Montbéliard einging. Heute sei Frankreich für deutsche Kommunen mit mehr als 2.300 Kommunalpartnerschaften das beliebteste Partnerland.

„Aussöhnung, Annäherung und Verständigung waren anfänglich die Beweggründe für Städtepartnerschaften. Dass diese Werte nicht an Bedeutung verloren haben, zeigt sich gerade in heutiger Zeit“, sagte Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup aus Karlsruhe. Fishbowl-Teilnehmerin Christiane Horsch,



Foto: Barbara Baltisch

Im Workshop „Kommunale Partnerschaften – Ein Modell von gestern oder wichtiges Instrument gerade in politisch schwierigen Zeiten?“ wurde die Frage diskutiert, wie kommunale Partnerschaften zukunftsfähig gestaltet werden können

Bürgermeisterin aus der Verbandsgemeinde Schweich, ergänzte: „Auch Partnerschaften zwischen europäischen Städten müssen gefördert werden. Viele europäische Partnerschaften stehen als freiwillige Aufgaben auf dem Prüfstand.“ Gerade in Zeiten des wachsenden Nationalismus müssten Partnerschaften innerhalb Europas mit Leben gefüllt werden.

Partnerschaften und Nachhaltigkeit

Kommunale Partnerschaften außerhalb Europas machen den Leitspruch „Global denken – lokal handeln“ erlebbar. Dieses

Zur Autorin:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten des Deutschen Städtetages (DST).



Foto: Barbara Balltsch

Landrat Dr. Rainer Haas aus Ludwigsburg, Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup aus Karlsruhe, Dr. Doris Wittler-Stiepelmann vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Stadträtin Christiane Overmans aus Bonn und David Linse von der Stadt Mannheim diskutierten unter Leitung von Patrick Leusch von der Deutschen Welle

Motto wurde bereits 1992 in Rio de Janeiro von den Vereinten Nationen ausgerufen, um alle Kommunen in der Welt zu animieren, eine eigene lokale Agenda 21 zu erarbeiten. Die Lokale Agenda 21 hat in dieser Hinsicht nichts von ihrer Bedeutung verloren – auch wenn sie 2015 in die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung übergegangen ist.

Um die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren globalen Nachhaltigkeitszielen auf die lokale Ebene zu übertragen, haben der Deutsche Städtetag und die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) nur einen Tag nach der Veröffentlichung der Agenda 2030 im September 2015 die Mustererklärung [„2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“](#) vorgelegt. Mit der Unterzeichnung der Erklärung können Kommunen ihre Bereitschaft signalisieren, kommunale Strategien für ein Nachhaltigkeitsmanagement zu verfolgen. Sie vertiefen globale Partnerschaften, beteiligen sich an Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels oder schaffen einen besseren Zugang zu bezahlbarer nachhaltiger Energie.

Inzwischen haben 89 deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden die Erklärung unterzeichnet. Wie der Leiter des Fachbereichs Internationales, Integration und Protokoll der Stadt Mannheim, David Linse, berichtete, habe die Stadt Mannheim zur Umsetzung der Resolution im Jahr 2018 zusammen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Leitbild erarbeitet. Darin werde beschrieben, wie Mannheim im Jahr 2030 aussehen soll.

Kommunales Engagement beim Thema „Flucht“

Kommunen tragen dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen, die Situation in den von Krisen betroffenen Regionen nachhaltig zu stabilisieren und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. 2030 werden nach Schätzungen der Vereinten Nationen fünf Milliarden Menschen in Städten leben und 41 Megastädte werden dann zehn oder mehr Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben.

Mit dem prognostizierten Urbanisierungsdruck werden weltweit immense Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge gestellt. Schon jetzt leben eine Milliarde Menschen in Slums. In den nächsten 15 Jahren benötigen drei Milliarden Menschen adäquaten Wohnraum sowohl im Globalen Süden als auch im Globalen Norden. 748 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, über eine Milliarde hat keinen Zugang zu Elektrizität und 2,4 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu hygienischen Sanitäreinrichtungen. Fest steht: Schlechte Lebensbedingungen lösen Flüchtlingsströme aus. Hinzu kommen Kriege und die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch den Klimawandel.

Kommunen können auch im Rahmen kommunaler Partnerschaften erhebliche Beiträge leisten, um die Lebensbedingungen von Bürgerinnen und Bürgern im Globalen Süden zu verbessern. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist ein wichtiges und neues Instrument, um die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu ergänzen. Verhandlungen in der Entwicklungszusammenarbeit werden bilateral von Staat zu Staat geführt. Aber: Wieviel Geld, das die Regierungen

im Norden in den Globalen Süden überweisen, kommt bei den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern an? Auch Kommunen in Deutschland leiden oftmals unter „klebrigen“ Händen der Bundesländer. Aber wie sieht das im Globalen Süden aus, wo Kommunen überhaupt nicht am Verhandlungstisch sitzen? Dort geht es nicht nur um unterschiedliche Auffassungen darüber, wieviel Geld wem zusteht, oder darum, welche Kosten für welche Aufgaben entstanden sind. Im Globalen Süden kommt das Thema Korruption hinzu.

Der Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe, Dr. Frank Mentrup, bestärkte die Bedeutung kommunaler Partnerschaften zur Verbesserung von Lebensgrundlagen. Er warnte aber davor, kommunale Partnerschaften zu überhöhen und als Instrument zu verstehen, um Fluchtursachen zu begrenzen. Die Bonner Stadträtin Christiane Overmans machte deutlich, dass man den Globalen Süden nicht länger als Hilfeempfänger sehen dürfe. „Wir brauchen die Partner aus dem Globalen Süden als gleichberechtigte Partner. Die Zukunft der Erde können wir nur gemeinsam retten.“

Kommunale Partnerschaften für Klima

Immer mehr Kommunen übernehmen globale Verantwortung, treten der Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen entgegen und leisten einen Beitrag, die Klimakrise zu entschärfen und die Ressourcenverschwendung zu mildern. Dr. Doris Witteler-Stiepelmann, Referatsleiterin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), sagte, dass ihr Ministerium ein großes Interesse an der Zusammenarbeit mit deutschen Kommunen habe. Insgesamt sei die Anzahl beteiligter Kommunen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit seit 2012 von 198 auf heute 766 Kommunen gestiegen. Dies sei auch den verbesserten Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten des BMZ zu verdanken.

Für Partnerschaften deutscher Städte, Landkreise und Gemeinden mit Kommunen im Globalen Süden stehen zahlreiche Fördermöglichkeiten des BMZ zur Verfügung. Hierzu zählen die Unterstützung für Klimapartnerschaften zwischen deutschen Kommunen und Kommunen im Globalen Süden oder die Unterstützung für Kommunen, die Partnerschaften mit Kommunen aus flüchtlingsaufnehmenden Ländern wie der Türkei, dem Libanon oder Jordanien eingehen. Sehr gut



Foto: Landeshauptstadt München / Harry Zdera

angenommen werde auch das Instrument „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“, mit dem kommunale Partnerschaftsprojekte unterstützt werden. Das BMZ fördert auch über das Angebot „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ (Kepol) den Personaleinsatz in den Kommunen.

Fishbowl-Teilnehmer Bürgermeister Andreas Wolters aus Köln berichtete, dass seine Stadt eine Klimapartnerschaft mit einer indigenen Gemeinde im Amazonasgebiet aufgebaut hat. Mit der Partnerschaft von Köln und Feconau/Yarinacocha in der Provinz Pucallpa in Peru soll die indigene Gemeinschaft in ihrem Engagement für den Erhalt des Regenwaldes und ihrer Lebensgrundlagen unterstützt werden. Die Klimapartnerschaft werde von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt.

Europäische Strategie nur mit Kommunen

Angesichts der globalen Herausforderungen müssen das Pariser Klimaschutzabkommen und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen als Leitprinzipien für die künftige europäische Strategie unter Einbindung der Kommunen fixiert werden. David Linse von der Stadt Mannheim unterstützte insbesondere die neue globale Ausrichtung der EU. Wichtig dabei sei die systematische Einbindung der Kommunen in einem sogenannten Mehrebenenansatz. „Alle Regierungsebenen müssen in einem gemeinsamen Mehrebenenansatz die Probleme in der Welt lösen“, so Linse. Die Stadt Mannheim setze sich auch dafür ein, dass Kommunen bei der Umsetzung aller globalen Nachhaltigkeitsagenden als strategische Partner wahrgenommen werden und am Verhandlungstisch der Vereinten Nationen sitzen. ■

Die Delegierten konnten im Workshop zu den kommunalen Partnerschaften über die diskutierten Thesen abstimmen und sogar sich selbst auf der Bühne in die Diskussion einmischen

Infos

Mustererklärung „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“:

📄 <https://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/kez/2030AgendaErklaerung.pdf>